

Steuertipps für Schüler- und Studenten

Nr. 17 / 29.06.2011

„Viele Schüler und Studenten gehen in den Ferien bzw. Semesterferien einer Berufstätigkeit nach. Im Zusammenhang mit einer solchen Tätigkeit entstehen Fragen hinsichtlich der Höhe der Abgaben. Wird der Ferienjob nur **kurzfristig** ausgeübt bleibt er unabhängig von der Höhe des Verdienstes komplett sozialabgabenfrei“, erklärt Erich Nöll, Geschäftsführer des Bundesverbandes der Lohnsteuerhilfvereine. Der besondere Vorteil einer kurzfristigen Beschäftigung liegt darin, dass weder der Arbeitnehmer noch der Arbeitgeber Sozialabgaben zahlen muss.

Eine kurzfristige Beschäftigung liegt vor, wenn die Beschäftigung von vornherein auf nicht mehr als zwei Monate oder insgesamt 50 Arbeitstage im Kalenderjahr begrenzt ist und nicht berufsmäßig ausgeübt wird. Die Höhe des Verdienstes ist dabei unerheblich.

Von dem Zwei-Monats-Zeitraum ist auszugehen, wenn der Minijob an mindestens fünf Tagen in der Woche ausgeübt wird. Bei Beschäftigungen von regelmäßig weniger als fünf Tagen in der Woche ist auf den Zeitraum von 50 Arbeitstagen abzustellen.

Für einen kurzfristigen Minijob kann der Arbeitgeber unter den oben genannten Voraussetzungen und bei Verzicht auf die Vorlage der Lohnsteuerkarte die Lohnsteuer pauschal mit 25 Prozent des Arbeitsentgelts zuzüglich Solidaritätszuschlag und ggf. Kirchensteuer erheben. Tut er dies, fallen für den Schüler/Studenten keine Sozialabgaben und keine Steuern an, eine Einkommensteuererklärung im Folgejahr erübrigt sich.

Für Schüler und Studenten, die das ganze Jahr über arbeiten und die monatlich nicht mehr als 400 Euro verdienen, gelten die üblichen Regelungen für Mini-Jobber. Für 400-Euro-Minijobs zahlen Arbeitgeber (außer Privathaushalte) Abgaben in Höhe von maximal 30,74 Prozent des Verdienstes an die Minijob-Zentrale. Das sind Pauschalbeiträge in Höhe von 15 Prozent zur Renten- und 13 Prozent zur Krankenversicherung, die einheitliche Pauschalsteuer in Höhe von 2 Prozent (sofern nicht per Lohnsteuerkarte bzw. Lohnsteuer abgerechnet wird) sowie 0,74 Prozent Umlagen zum Ausgleich der Arbeitgeberaufwendungen bei Krankheit und Mutterschaft.



Herausgeber:
Bundesverband der
Lohnsteuerhilfvereine e.V.
Kastanienallee 18
14052 Berlin

Tel.: 0 30 / 30 10 86 10
Fax: 0 30 / 30 10 86 12
E-Mail: info@bdl-online.de
www.bdl-online.de

PRESEINFORMATION

Für Minijobber, die privat krankenversichert sind, zahlen Arbeitgeber keinen Pauschalbeitrag zur Krankenversicherung.

Schüler und Studenten können mit einem Minijob bereits Zeiten für die **Rentenversicherung** und einen eigenen **Anspruch auf Riesterförderung** erwerben. Um diese Vorteile in Anspruch nehmen zu können, müssen sie auf die Rentenversicherungsfreiheit verzichten. Bei einem Monatsverdienst von zum Beispiel 400 Euro werden derzeit dafür 19,60 Euro (4,9 Prozent von 400 Euro) einbehalten.

Anderenfalls müssen Schüler/Studenten beim Wohnsitzfinanzamt eine Lohnsteuerbescheinigung beantragen (sofern bisher noch keine Lohnsteuerkarte vorliegt) und diese dem Arbeitgeber vorgelegen. Für Studenten, die keiner weiteren Beschäftigung nachgehen, dürfte dies kein Problem darstellen.

In der Steuerklasse I bleibt dann ein Monatsverdienst von bis zu 893 Euro steuerfrei. Bei einem höheren Monatsverdienst muss der Arbeitgeber Lohnsteuer und Solidaritätszuschlag sowie ggf. Kirchensteuer einbehalten und ans Finanzamt abführen. Verdient der Schüler/Student im gesamten Jahre nicht mehr als zirka 11.000 Euro (Grundfreibetrag: 8.004 Euro (ab 1.1.2010), Sonderausgaben-Pauschbetrag: 36 Euro, Arbeitnehmer-Pauschbetrag: 920 Euro plus eine vom Arbeitslohn abhängige Vorsorgepauschale) werden ihm die zunächst vom Arbeitgeber einbehaltenen und ans Finanzamt abgeführten Steuern auf Antrag bei der Einkommensteuererklärung im Folgejahr in voller Höhe erstattet.

Um die Kindergeldzahlungen der Eltern nicht zu gefährden, dürfen die maßgeblichen Einkünfte und Bezüge der **volljährigen Auszubildenden** insgesamt nicht mehr als 8.004 Euro (ab 1.1.2010) im Jahr betragen.